



Katar-Emir Chalifa (l.), Saudi-König Fahd (3. v. l.), Partner beim Golf-Gipfel*: Krisenmanagement versagt

Nahe Osten

Herzliches Küssen

Die Ölherrscher sind nach dem Ende des Golfkriegs in ihren alten Bruderzank zurückgefallen.

Der Diktator Saddam Hussein war gedemütigt, seine Truppen waren wieder aus Kuwait vertrieben, da hatte der saudische König Fahd eine Vision: „Ich träumte von der Arabischen Halbinsel als einer Oase der Harmonie. Es herrschte Frieden, und wir verkehrten untereinander, wie es sich für geliebte Brüder geziemt.“

Die Zukunft sah anders aus. Gut anderthalb Jahre nach Ende des Golfkriegs sind die schwerreichen Ölmonarchen, die den größten Nutzen aus dem Feldzug gegen Bagdad gezogen haben, zerstritten denn je. Statt solidarisch gegen die Hegemonialgelüste der beiden Hauptgegner Irak und Iran zusammenzustehen, verstricken sich die Feudalherrscher in kleinlichen Bruderzwist.

Gerade König Fahd sorgt dafür, daß die Golfregion, welche die Hälfte aller Erdölreserven birgt, auf der arabischen Seite nicht zur Ruhe kommt. Ohne Warnung drangen Ende September saudiarabische Soldaten in das benachbarte Katar ein und besetzten einen Grenzposten. Zwei Soldaten kamen bei dem Feuergefecht ums Leben. Von Kuwait und dem Sultanat Oman verlangten die Saudiaraber Gebietsabtretungen, teils aus strategischen Gründen, teils wegen vermuteter Erdöl- und Erdgasvorkommen.

Der Überfall auf Katar war auch als Strafe für die eigenmächtige Politik des Kleinstaats gedacht, dessen Herrscher

Emir Chalifa bin Hamad al Thani enge Wirtschaftsbeziehungen zum Nachbar Iran unterhält. Ein katarischer Regierungsbeamter sagt: „Wir wissen nicht, vor wem wir uns künftig mehr hüten müssen, vor unseren Feinden oder vor unseren Brüdern.“

Der Übergriff der Saudis stellte eine der umstrittensten Organisationen des Nahen Ostens auf den Prüfstand: den Golf-Kooperationsrat (GCC), dem neben Saudi-Arabien und Katar noch Kuwait, Bahrein, die Vereinigten Arabischen Emirate sowie Oman angehören. Die Organisation, von den ärmeren arabischen Ländern neidisch als „Klub der Milliardäre“ bezeichnet, war 1981 auf Initiative Saudi-Arabiens gegründet worden.

König Fahd wollte verhindern, daß die arabischen Golf-Nachbarländer, in denen viele Menschen iranischer Abstammung und schiitischen Glaubens leben, unter Teherans Einfluß gerieten.

Als eine Art EG der Golfstaaten wollten die Mitglieder des Kooperationsrats einen gemeinsamen Binnenmarkt aufbauen, ihre Truppen unter ein gemeinsames Oberkommando stellen und vor allem die Außen- und Sicherheitspolitik eng aufeinander abstimmen.

Doch inzwischen ist der GCC zu einem ohnmächtigen Gremium verkommen, dessen Mitglieder sich nicht einmal auf Reiseerleichterungen einigen können. Eifersüchtig achten die Herrscher, die ihre Länder mit weitverzweigten Familiencliquen regieren, auf ihre staatliche Souveränität; ihre persönliche Macht wollen sie durch die GCC-Mitgliedschaft nicht einschränken lassen.

Wie zerrissen die Organisation ist, zeigt die trotzig Reaktion des Herrschers von Katar auf die Grenzverletzungen der Saudis. Ende Oktober ent-

sandte er den Diplomaten Raschid el-Chalifa als katarischer Botschafter nach Bagdad – ein offener Affront gegen König Fahd, der kurz zuvor seinen Bannfluch gegen Saddam Hussein erneuert und die arabischen Bruderstaaten vor jedem Kontakt mit dem Iraker gewarnt hatte.

GCC-Generalsekretär Abdallah Jakub Bischara, ein Kuweiter, räumt ein, daß der Golftrat beim Krisenmanagement versagt. „Das einzige, das wir Bürger zu Gesicht bekommen, sind nutzlose Tagungen und herzliches Küssen“, rügt auch Machari el-Usseimi, Vorsitzender des Vereins kuwaitischer Rechtsanwälte.

Seit der Iran durch die Besetzung von drei strategisch wichtigen Inseln nahe der Straße von Hormuz seine Mitspracherechte am Golf gerade wieder einmal unterstrichen hat, mehren sich vor allem die Zweifel an der Sicherheitspolitik des Kooperationsrats.

Der GCC, beklagt der Kuweiter Soziologe Chaldun el-Nagib, betreibt „nur eine Scheckbuch-Politik“. Auf Dauer werde es nicht ausreichen, wie bisher die Sicherheit der Region ausschließlich auf den Erlös aus den Erdölquellen zu bauen. Zur Stabilität gehöre auch das Gewähren von mehr Demokratie.

Einig sind sich die Potentaten des GCC aber immer dann, wenn Forderungen nach mehr Mitsprache der Bürger laut werden. Als König Fahd kürzlich auf wachsenden Druck der Schutzmacht USA und unzufriedener Untertanen hin Reformen in Aussicht stellte, dämpfte er sogleich allzu hohe Erwartungen: „Das demokratische System, wie es in der Welt vorherrscht, paßt nicht für die Völker in unserer Region.“

Für seine Worte erhielt der Monarch Beifall aus den Palästen seiner GCC-Partner – sogar vom Herrscher von Katar.

* Im Dezember 1991 in Kuwait City.